

**Rede von Frau Majda Potrata  
Vorsitzende des Ausschusses für Petitionen,  
Menschenrechte und gleiche Möglichkeiten  
der Nationalversammlung der Republik Slowenien  
Berlin, 15. Juni 2007**

Aus übersetzungstechnischen Gründen wurde diese Rede zusammengefasst wiedergegeben.

Frau Potrata begrüßt die Vorsitzende und die anderen Teilnehmer und Teilnehmerinnen und bedankt sich zunächst für die Einladung zur Konferenz. Es sei eine Freude dabei zu sein und die Mechanismen zum Schutz der Menschenrechte in der Republik Slowenien vorzustellen. Sie wolle nicht über die slowenische Verfassung, die Menschenrechte, den Menschenrechtsombudsmann oder den Schutz der Menschenrechte durch den Verfassungsgerichtshof reden, sondern vor allem auf die parlamentarische Kontrolle der Achtung der Menschenrechte eingehen.

Die Nationalversammlung übe eine Kontrolle über die Achtung der Menschenrechte in den verschiedenen Institutionen und Gremien aus. Im November 2004 sei der Petitionsausschuss, der gleichzeitig auch der Ausschuss für Gleichstellung sei, ins Leben gerufen worden. Der Petitionsausschuss könne an sich auch Initiativen ergreifen, die sich an das Plenum des Parlaments richten. Eigene Entscheidungen dürften aber nicht gefällt werden. Man müsse sich auf den Sachverstand anderer stützen, aus deren Sicht dann Berichte ergingen, die an das Parlament weitergegeben würden. Der Ausschuss erhalte im Durchschnitt etwa 300 Petitionen pro Jahr. Davon seien weniger als 50 Prozent zulässig. Er könne aber nicht über die Petitionen entscheiden, sondern könne nur darüber diskutieren, ob bestimmte Probleme auf die Liste der weiterzureichenden Fälle an das Parlament gesetzt werden oder nicht. Das Parlament sei letzten Endes zuständig für die Kontrolle der Implementierung der Gesetze bzw., ob es zu Missbräuchen gekommen ist. Was die Menschenrechte angehe, so befasse sich dieser Ausschuss insbesondere mit dem Jahresbericht des Ombudsmanns. Der Ausschuss erarbeite daraus Empfehlungen an die Behörden, Organisationen oder auch einzelne Personen, die im öffentlichen Dienst stehen und die in gewisser Weise eine hoheitsrechtliche Aufgabe wahrzunehmen haben.

Der Ausschuss diskutiere auch Gesetzesvorlagen oder andere Vorlagen, die sich mit Menschenrechten befassen. Er überwache die Einhaltung von internationalen Übereinkünften durch Slowenien. Insbesondere diskutiere man Berichte verschiedener internationaler oder nichtstaatlicher Organisationen. Zudem überprüfe der Ausschuss Probleme im Zusammenhang mit der Implementierung der Gleichstellungspolitik bzw. der gleichberechtigten Beteiligung von Männern und Frauen in der Gesellschaft. Die Gesetzgebung Sloweniens sei in diesem Bereich an das EU-Recht angeglichen worden. Die Beteiligung von Frauen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens sei aber noch nicht 100prozentig gewährleistet. Dies gelte insbesondere für den Bereich der Politik, wo Frauen bislang in verantwortlichen Positionen wenig vertreten seien. Darüber hinaus befasse man sich auch mit der Förderung von gleichen Chancen von Männern und Frauen in allen Sphären des gesellschaftlichen Lebens. Es gebe noch immer Verletzungen des Prinzips der Gleichstellung aufgrund persönlicher Umstände, wie z. B. ethnische Herkunft (Roma) oder sexuelle Orientierung, Gesundheitszustand usw..

Regelmäßig lade der Ausschuss Vertreter von Institutionen ein, auch Vertreter der nichtstaatlichen Organisationen wie auch Experten auf dem Gebiet der Menschenrechte, der Grundfreiheiten und der Gleichberechtigung und Gleichstellung. Anlässlich des Jahresberichtes des Ombudsmanns befasse sich der Ausschuss ferner mit Berichten anderer Institutionen, wie z. B. dem Ombudsmann für die Wahrung der Gleichstellung zwischen Mann und Frau, dem Schutz der Rechte der Kinder oder mit Berichten des Europäischen Menschenrechtskommissars, der Europäischen Kommission zur Bekämpfung der Intoleranz sowie dem Jahresbericht, der vom State Department der USA verfasst worden ist. Die Situation der Menschenrechte in Slowenien sei generell zufriedenstellend, wenn es auch hier und dort gewisse Bereiche oder ungelöste Probleme gebe, auf die immer wieder von internationalen Organisationen, dem Menschenrechtsombudsmann oder NGOs hingewiesen werde.

In seinem letzten Bericht habe der Ombudsmann erklärt, dass sich die Menschenrechtssituation in Slowenien heute nicht stark unterscheide von der früheren. Er spreche z. B. von Personen, die immer noch keine Aufenthaltsgenehmigung erhalten haben. Es gebe auch Intoleranz und Verletzungen der Rechte der Kinder sowie häusliche Gewalt.

Frau Potrata betont, dass die Rolle der NGOs im Bereich des Schutzes der Menschenrechte sehr wichtig sei. Eine ganze Reihe von Projekten auf dem Gebiet des Schutzes der Menschenrechte sind von diesen Organisationen in die Wege geleitet worden. Nichtstaatliche Organisationen, wie z. B. das Friedensinstitut und amnesty international. Die NGOs bereiteten Stellungnahmen zu neuen Gesetzesvorlagen vor oder verfassten Artikel zu sehr sensiblen Menschenrechtsthemen. Auch wiesen sie auf kritische Probleme hin, die bislang noch nicht von Slowenien gelöst worden sind.

Abschließend betont Frau Potrata, die Republik Slowenien widme dem Thema Achtung und Schutz der Menschenrechte sehr große Aufmerksamkeit. Der Schutz der Menschenrechte sei durch die Verfassung geschützt aber auch durch Gesetze und ratifizierte Konventionen. Nichts desto trotz wiesen nichtstaatliche Organisationen, internationale Organisationen und der slowenische Ombudsmann wie auch der Petitionsausschuss immer wieder darauf hin, dass bestimmte Empfehlungen nach wie vor nicht umgesetzt worden seien. Es sei dringend erforderlich, dass die slowenischen Institutionen schneller auf diese Empfehlungen reagierten.